



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/133

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 24821-33

Fernschreiber 0886890

Dortmund	S. 1
Die Sozialistische Internationale in Wien	S. 3
Unerträgliche Wahlkampfmethoden	S. 5
Die Wahrung des 17. Juni	S. 7
Parteisusammenschlüsse	S. 9

Wahlprogramm - Regierungsprogramm

sp - Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird am kommenden Sonntag in der Westfalenhalle in Dortmund ihr Wahlprogramm verkünden. Im Mittelpunkt dieser Veranstaltung steht ein grosses Referat des SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauer, der nicht nur zu den Fragen der aktuellen Politik Stellung nehmen, sondern auch die Grundforderungen der SPD erläutern wird. Das Vorstandsmitglied Willi Eichler, unter dessen Federführung das Wahlprogramm erarbeitet wurde, wird speziell die einzelnen Thesen dieses Programms erläutern.

In den letzten Tagen hat die CDU wegen verschiedener falsch verstandener und aus dem Zusammenhang gerissener wirtschaftspolitischer Forderungen der SPD einen grossen Wirbel zu veranstalten versucht; offenbar, um von dem verunglückten Wahlschlager "VW-Volksaktie" herunterzukommen und um die Öffentlichkeit von ihrer eigenen verfehlten Politik abzulenken. Dazu gehört das völlige Versagen Adenauers in der Politik der Wiedervereinigung Deutschlands, die ständig wachsende Erregung in der Bevölkerung über die Absicht der Regierung, auch die Bundesrepublik am atomaren Rüstungswettlauf zu beteiligen, die Ohnmacht Erhards gegenüber der Preisentwicklung und nicht zuletzt die Auflehnung der die Freiheit liebenden Bürger unseres Staats, die kommende Wahl mit der perfiden Unwahrheit zu belasten, sie sei eine Entscheidung zwischen "Christentum und Kommunismus".

Aber der Ablenkungsversuch von diesen das deutsche Volk bewegenden Problemen wird der CDU und ihrem Tross nicht gelingen. Das Wahlprogramm der SPD und des Referat Ollenhauers in Dortmund werden alle diese Fragen ansprechen und die klaren Vorstellungen zeigen, die die Sozialdemokratische Partei Deutschlands von der Lösung der politischen Aufgaben der Gegenwart hat. Das Wahlprogramm hat das Ergebnis wochenlangter Beratungen in den Fachausschüssen des Parteivorstandes.

Es enthält kein "Wen" und kein "Aber", und ist nicht der Ausdruck irgendeines imaginären "linken" oder "rechten" Flügels. Die Forderungen der Sozialdemokratie stehen auf dem Fundament des der deutschen Öffentlichkeit seit dem Berliner Parteitag 1954 bekannten einstimmig

angenommenen Aktionsprogramms.

Wer die Sozialdemokratie kennt, der weiss, dass man von dieser Partei keine Versprechungen erwarten darf. Sie ist - wie Schumacher einmal sagte - unbequem, aber reell. Sie "experimentiert" nicht.

Als Hitlers grauenvolles Regime in Schutt und Asche unterging, als das deutsche Volk am Rande eines Abgrundes stand, haben abertausende Sozialdemokraten in den Gemeinden, Städten und später auch in den Bundesländern mit mutigen Herzen die Verantwortung für den Wiederaufbau übernommen. Die Nachkriegsgeschichte unseres Volkes ist verknüpft mit den Namen Dr. Kurt Schumacher, Ernst Reuter, Max Brauer, Dr. Walter Kolb, Louise Schroeder, um nur einige von denen zu nennen, die Grosses vollbracht haben. Seit den ersten Kommunalwahlen nach dem Kriege wurden die grössten Städte der Bundesrepublik, wie Berlin, München, Frankfurt a/Main, Dortmund, Hannover, Bremen - lange Jahre auch Hamburg und Kiel - von Sozialdemokraten regiert. Wer könnte es wagen, das Aufbauwerk jener Männer und Frauen zu schmälern, oder etwa zu behaupten, sie hätten "experimentiert" oder versagt. Im Gegenteil, von Wahl zu Wahl ist der Stimmenanteil der Sozialdemokratie gerade in diesen Städten immer grösser geworden. Allein diese Tatsache dürfte ein deutlicher Hinweis auf das wachsende Vertrauen der Wähler zur Sozialdemokratie sein.

Aber auch in den Bundesländern hat die Sozialdemokratie Persönlichkeiten an die Spitze stellen können, deren Leistung und Integrität unantastbar sind. Ministerpräsident Heinrich Wilhelm Kopf, Ministerpräsident Steinhoff, Ministerpräsident Dr. Georg August Zinn, Ministerpräsident Dr. Wilhelm Högner, Senatspräsident Kaiser, - auch hier nur einige Namen stellvertretend für viele - sie alle haben in den vergangenen Jahren bis zum heutigen Tage, getragen vom wachsenden Vertrauen der Bevölkerung den unumstösslichen Beweis für die Leistungskraft der Sozialdemokratie auch bei der Führung der Staatsgeschäfte erbracht. Die meisten von ihnen standen schon lange bevor es einen Bundeskanzler Dr. Adenauer gab im Kampf gegen die Demontage, im Kampf gegen den Hunger und gegen die Not, im ständigen Einsatz für die Beseitigung der Trümmer des Tausendjährigen Reiches und für den Wiederaufbau unserer Heimat, und nicht zuletzt im Kampf gegen den Kommunismus. Sie haben bewiesen, was Sozialdemokraten können.

So wird auch das in Dortmund verkündete Wahlprogramm zugleich das Regierungsprogramm der SPD sein und - entsprechend der Tradition dieser Partei - nichts enthalten, was eine sozialdemokratische Regierung nicht auch der Realisierung entgegenzuführen bereit ist. Das sollten alle zur Kenntnis nehmen, die, um von ihrer eigenen Unsicherheit abzulenken, das Bild der Sozialdemokratie trüben wollen.

* * *

Vorschau auf den Wiener Kongress

H.P. Die 1951 in Frankfurt/M. wiedererstandene Sozialistische Internationale hält ihren fünften Kongress, der alle zwei Jahre stattfindet, in der ersten Juliwoche in Wien ab. In den vergangenen zwei Jahren konnte die Sozialistische Internationale besonders ihr Verhältnis zu den jungen Nationen in Asien und ihren sozialistischen Parteien ausbauen. So wurden im Berichtsjahr die Nationale Volkspartei Jamaica's und die Malta Labour-Party Vollmitglieder der Sozialistischen Internationale, während auch die Sozialistische Konferenz Asiens neue Mitglieder aufnehmen konnte. Die Delegation der Sozialistischen Internationale zum Kongress der Asiatischen Sozialisten, unter Führung von Erich Ollenhauer, im vergangenen Herbst, hat dazu beigetragen, in einer Zeit der größten weltpolitischen Erschütterungen (Suez und Ungarn) die Fäden mit den asiatischen Sozialisten enger zu knüpfen.

Aber auch in Ländern, wo mehrere sozialistische Gruppen bestanden, konnte ein Fortschritt erzielt werden. So in der Wiedereinigung der sozialistischen Partei in Japan, die heute eine beträchtliche Kraft darstellt und auch mit der Verschmelzung sozialistischer Gruppen in den Vereinigten Staaten. Die letztere Gruppe erhebt nicht den Anspruch, eine politische Partei zu sein, sondern will sozialdemokratisches Gedankengut auch im Rahmen der jetzt bestehenden Parteien verbreiten. Leider ist es bis jetzt nicht gelungen, in Italien einen Erfolg zu verzeichnen, doch ist die Sozialistische Internationale durch die Bildung einer besonderen Kommission auch hier immer bereit, beratend den Sozialisten Italiens zur Seite zu stehen, wenn dieser Rat gewünscht wird.

Ein völlig neues Tätigkeitsfeld wurde vor zwei Jahren zum ersten Mal erschlossen, als der vorige Kongress in London die Bildung eines Lateinamerikanischen Sekretariats der Sozialistischen Internationale in Montevideo, Uruguay, beschloss. Seit dieser Zeit ist es gelungen, die verschiedenen sozialistischen Parteien zu einer engeren Zusammenarbeit zu veranlassen, und damit zum ersten Male auch in diesem Teile der Welt den Kommunisten und der konservativen Parteien eine ernste Alternative zu bieten. 39 sozialistische Parteien, mit fast 60 Millionen Wählern, zeigen die aufstrebende Tendenz des demokratischen Sozialismus in Formen, die den Erfordernissen des 20. Jahrhunderts entsprechen.

Im Zusammenhang mit dem Kongress in Wien, werden eine Reihe von

SPD-Pressedienst

P/XII/133

- 4 -

13. Juni 1957

Sondersitzungen stattfinden, so die Konferenz des Internationalen Rates Internationaler Frauen, die besondere Bedeutung durch das Jubiläum des 50-jährigen Bestehens der Frauenarbeit im Rahmen der Sozialistischen Internationale erhielt. Grosse Aufmerksamkeit wird auch die Konferenz der Sozialistischen Union Mittel- und Osteuropas verdienen, die sich mit den Vorgängen hinter dem Eisernen Vorhang ausführlich beschäftigen wird. Besonders die Ereignisse in Ungarn und Polen werden hier von den sozialistischen Exil-Parteien einer Analyse unterworfen werden. Eine Büro- und eine Generalratsitzung werden den Kongress selbst vorbereiten; ebenso eine Sitzung des ständigen Komitees für kollektive Sicherheit und Abrüstung.

Der diesjährige Kongress der Sozialistischen Internationale hat eine derartig reiche Tagesordnung, dass es schwer fällt, eine Reihenfolge der Wichtigkeit aufzustellen. Naturgemäss wird die Behandlung der internationalen Lage einen breiten Raum einnehmen, und durch Referate von Vorsitzenden der Labour-Party, Hugh Gaitskell, vom Vorsitzenden der SPD, Erich Ollenauer, und von Jules Moch, dem Vertreter Frankreichs in der Abrüstungskommission der Vereinten Nationen, eingeläutet werden. Daneben werden Vertreter ihrer Parteien zu den besonderen Fragen Stellung nehmen, die die internationale Lage beeinflussen oder in der Vergangenheit zum Zentrum der Weltöffentlichkeit gemacht haben. Als Vertreter der Mapai, der Sozialistischen Arbeiterpartei Israels, wird ihr Vorstand ^{mitglied} und Aussenminister, Frau Golda Meir, über die Lage im Mittleren Osten referieren und die Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Ungarns, Frau Anna Kethly, wird noch einmal auf die tragischen Ereignisse der ungarischen Revolution und ihre Konsequenzen für alle hinweisen.

Über die besondere Arbeit der europäischen Institutionen und ihr Verhältnis zur Sozialistischen Internationale, wird John Edwards, Labour Party, der Vorsitzende der sozialistischen Fraktion im Europarat, referieren. Daneben werden auch die Probleme der sogenannten unterentwickelten Länder einen breiten Raum einnehmen. Der stellvertretende Vorsitzende der holländischen Arbeiterpartei, Hendrik Vos, wird über die Hilfe für die Entwicklungsländer ein Memorandum unterbreiten, das sowohl von der Sozialistischen Internationale wie von den asiatischen Sozialisten unterstützt wird. Schliesslich werden Berichte über die Zusammenarbeit mit den asiatischen Sozialisten vom Sekretär, dem

burmesischen Sozialisten, U Hla Aung, über die Entwicklung, in Lateinamerika vom Sekretär, Humberto Maistegui, gegeben werden und der französische Sozialist, André Bidet, wird über die sozialistischen Bewegungen in Afrika berichten. Auf Wunsch der norwegischen sozialistischen Partei, wird sich der Kongress auch ausdrücklich mit der Lage in Algerien zu befassen haben.

Der Kongress findet im Schatten der Abrüstungsverhandlungen in London statt, von denen erhofft wird, dass sie zu der sehnlichst erwarteten Entspannung in der Welt führen. Die Sozialistische Internationale hat schon auf ihren früheren Konferenzen den Grundsatz erhoben: Keine Kontrolle ohne Abrüstung, keine Abrüstung ohne Kontrolle, sondern schrittweise jede wirklich kontrollierbare Abrüstung zu erstreben. Immer mehr werden diese Überlegungen zum Gemeingut der Grossmächte, und die Sozialistische Internationale wird, je nach ihren Möglichkeiten, bemüht sein, das übrige zur Erreichung dieses Zieles zu tun.

* * *

Belehrung für Adenauer

sp- Die von Adenauer praktizierten Wahlkampfmethoden gehen selbst seinen Freunden auf die Nerven. Sie fragen sich, was aus unserem Volk und unserer Demokratie werden soll, wenn ein Regierungschef, nur um an der Macht zu bleiben, es wagt, die Opposition und mit ihr viele Millionen Frauen und Männer zu diffamieren und sie als Wegbereiter Moskaus zu bezeichnen, wie es in der berüchtigten Bamberger Rede geschah. Aus den vielen Stimmen ehrlicher Besorgnis seien einige zitiert. So schrieb die in Rendsburg erscheinende, der Bundesregierung nahestehende "Tagespost":

"Soweit man indessen bishor sieht, hat sich der Bundeskanzler eine merkwürdige Marschroute zurechtgelegt, um den Wahlkampf trotz der Schlappe gewinnen zu können, die er bezog: er hat auf seiner ersten Rede im Bundestagswahlkampf vor katholischen Männern in Bamberg einen Ton angeschlagen, den die deutsche Politik bisher wahrlich ohne Not hat entbehren können. Er hat die Opposition der Feigheit bezichtigt und gesagt, ihre Politik laufe letzten Endes auf die Vorbereitung eines neuen Krieges hinaus. Seine Freunde sollten es ihm sagen: in diesem Stil wird er den Bundestagswahlkampf schwerlich gewinnen, denn es ist hierzulande ziemlich bekannt, dass derjenige zumeist unrecht hat, der schimpft. Er sollte deshalb nicht schimpfen, er sollte Politik machen."

Das "Flensburger Tageblatt", aus dessen Redaktion der derzeitige

Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, W. Rasner, hervorging, bemerkt, es gehe entschieden zu weit, den möglichen Wahlerfolg des Gegners mit dem Sieg des Antichristen gleichzusetzen. Wörtlich heisst es:

"Es ist keine Argumentation mehr, sondern ungerechtfertigte Anmassung auf der einen und ungerechtfertigte Verdammung auf der anderen Seite, die zudem der Demokratie schadet, weil es ohne faire Behandlung einer demokratischen Opposition keine echte Demokratie geben kann. Wo kämen wir hin, wenn das Volk nicht mehr zwischen verschiedenen politischen Richtungen zu wählen hätte, sondern nur noch zwischen "Engeln" und "Teufeln"? Auch ein Regierungschef vom Format eines Adenauer ist nicht legitimiert, derartig mit dem Begriff "Christentum" zu operieren. Wer von uns wahrhaft christlich ist und wer nicht, das entscheidet keine politische Instanz".

Die angesehene "Times", der Sympathien für die deutsche Sozialdemokratie gewiss unverdächtig, stellt in einem Bericht ihres Bonner Korrespondenten fest, nach der Rückkehr Adenauers habe der Bundestagswahlkampf religiöse Untertöne angenommen, die an den alten Kulturkampf aus der Bismarckzeit erinnern. Sie erwähnt in diesem Zusammenhang den Brief der katholischen Gewerkschaftler an den Kölner Kardinal, Erzbischof Frings und die Rede des Bischofs von Münster, Dr. Keller. Diese sei, schreibt die "Times" gegen eine Partei gerichtet, deren politisches und soziales Programm milder als das der britischen Labour-Party ist und die unter Hitler für die Erhaltung jener Werte eintrat und darunter bitter litt, welche gerade im Christentum enthalten sind. Sicherlich habe die SPD kein Kompromiss mit dem Naziregime geschlossen.

Das sind recht peinliche Belehrungen (und auch Erinnerungen) für den Dr. Adenauer, aber, wer ihn kennt, weiss, dass er nicht viel davon halten wird. Dieser 51-Jährige hat sich darin verschworen, die Sozialdemokratie mit allen Mitteln zu bekämpfen. Ihn kümmert es nicht, wenn dabei Anstand, Würde und Sauberkeit schweren Schaden nehmen. Hat er wirklich den Ehrgeiz, als Spalter der Nation und Zertrümmerer der jungen deutschen Demokratie in die Geschichte einzugehen? Seine Wahlkampfmethoden sind nicht nur eine Beloidigung des guten Geschmacks, sie erinnern an eine jüngst vergangene Zeit, die uns jenen Absturz gebracht hat, an dessen Folgen wir alle leiden. Adenauers Methoden führen mit Sicherheit neben der äusseren auch noch zur inneren Spaltung unseres Volkes. Ist das vielleicht sein Ziel?

Mehr tun und weniger reden!

K.J. "Tag der deutschen Einheit", so steht es auf den Kalendern. Und es sind nicht nur die Zyniker unter uns, die da sagen: spricht doch lieber von "Tag der deutschen Spaltung", wenn ihr den 17. Juni 1953 meint! Haben sie Recht, die Bitteren im Lande, die Enttäuschten diesseits und jenseits der Zonengrenze, die Satten und Gleichgültigen hier und die Müde gewordenen drüben? Hat sich nicht vor vier Jahren erschütternd deutlich gezeigt, wie sehr Deutschland gespalten ist?

Die das meinen, haben Unrecht. Gespalten ist das Land und nicht das Volk, und wir müssen uns mit aller Entschlossenheit gegen den schleichenden Trend zur Wehr setzen, der beides in denselben Topf der Resignation wirft. Als sich die Zonenbevölkerung am 17. Juni 1953 gegen das verhasste SED-Regime erhob, war die Einheit des Volkes auch für den letzten Zweifler im In- und Ausland offensichtlich. Wenigstens in diesem einen Punkte waren sich alle Deutschen einig in der Ablehnung der kommunistischen Diktatur. Und mutig wollten sie alle Opfer bringen für die Freiheit. Hätten sich die Sowjets nicht mit ihrer gepanzerten Faust schützend vor die Stalinisten von Pankow gestellt, gäbe es heute keine "DDR" mehr. Hätten sie nicht...

Aber sie haben! Den vordersten Graben der kommunistischen Macht, die Sowjetzone, zu halten, war ihnen genau so wichtig wie im Oktober 1956 die ungarische Flankenstellung. Der Krenl war und ist entschlossen, jede Kräfteverschiebung, die ihn in eine schlechtere militärische Position bringt, mit allen Mitteln zu verhindern. Die politische, die moralische Niederlage wiegt im Spiel der Mächte immer noch weniger als der Verlust militärischer und wirtschaftlicher Potenzen. Wird das immer so bleiben? Ja - wenigstens solange, bis die Grossen begriffen haben, dass die nackte Gewalt im Grunde nicht ein einziges der brennenden Probleme löst, die heute noch die politische Atmosphäre in der Welt vergiften. Die Gegensätze prallen ja nicht nur in Deutschland aufeinander.

Es ist töricht, zu sagen, im Osten gäbe es nichts Neues, die Spannungen hätten sich nur immer verschärft und man könne ihnen allein mit der "Politik der Stärke" begegnen. Es gibt sehr wohl Neues. So haben die Stalinisten in den Ostblockstaaten schwere Niederlagen hinnehmen müssen: die kalte Revolution in Polen ist eine Tatsache, und mit Jugoslawien hat der Krenl Kompromisse schliessen müssen. Der "eigene Weg" ist im

Prinzip sanktioniert und es bedarf im Grunde nur der klugen und wertigen Politiker in den Ostblockstaaten, sich von der Moskauer Vorherrschaft einigermaßen freizuboxen. Auf lange Sicht gesehen wird das eines Tages auch Ungarn möglich sein, das nach der Niedermetzlung des Volksaufstands vom Oktober optisch heute noch am stärksten an der Moskauer Kandare liegt. Diesen Gärungsprozess zu nützen und nicht durch die starre antikommunistische Dogmatik aufzuhalten, ist die Aufgabe des Westens.

In Pankow regieren noch die Stalinisten, und sie machen jagliche Wiedervereinigungspolitik vom Westen her durch masslose Forderungen schwer. Niemand bestreitet das, auch nicht die Sozialdemokratische Partei. Aber schliesslich geht es ja nicht darum, mit den Unterdrückern unserer mitteldeutschen Brüder und Schwestern an einen Tisch zu kommen. Vielmehr muss an den Kreml die klare Frage gerichtet werden: welchen Preis fordert ihr für die Wiedervereinigung in Freiheit? Dass die Zone nicht einfach "einverleibt" werden kann - diese Tatsache mit allen ihren Konsequenzen muss allmählich auch die Bundesregierung begreifen. Es geht um die Festlegung des militärischen Status Gesamtdeutschlands und seiner Einschluss in ein kollektives, von den Grossmächten garantiertes europäisches Sicherheitssystem. Nur wenn sich der Kreml sicher weiss, dass die NATO nicht an Oder und Weisse rückt, besteht voraussichtlich die Chance, dass er sich zu echten Wiedervereinigungsgesprächen bereit zeigt. Wie oft muss man diese einfache, entscheidende Wahrheit noch sagen?

Einem zweiten Volksaufstand in der Zone wird es - zumal nach der Lehre von Ungarn - nicht geben. Der passive Widerstand wächst von Woche zu Woche, aber er wird angesichts von 22 Sowjetdivisionen im Lande nicht auf die Barrikaden gehen. Auch die letzten Provokationen der SED-Regierung in Gestalt des Westreisen-Verbots für die Jugend werden die Vernunft und den Sinn für das Mögliche nicht ersticken und zu sinnlosem Blutvergiessen führen. Spekulationen auf einen zweiten 17. Juni sind tössig, sofern sie auf eine "heisse" Revolution hinauslaufen. Das Schicksal Mitteldeutschlands löst sich allein durch Verhandlungen mit den Grossmächten, die nicht aus ihrer Verantwortung für die deutsche Wiedervereinigung entlassen werden dürfen. Der Ollenhauer-Plan und das Wiedervereinigungsmemorandum des DGB haben den möglichen Weg zur Einheit aufgezeigt. Wenn die Regierungspolitiker anlässlich des 17. Juni schöne Reden zum Fenster hinaus halten und das Schicksal der Mitteldeutschen beklagen, so bringt uns das der Einheit nicht einen Schritt näher. Lippenbekenntnisse bringen noch keine Wiedervereinigung - eine Regierung hat zu handeln und zu verhandeln. Dass der Partner nicht Pankow heissen kann, muss man nicht besonders betonen.

Am 17. Juni ist das Denken wichtiger als das Gedenken.

* * *

13. Juni 1957

Eingang für Saar-Hoffmann durch die Hintertür

sp- Schnell ergriff die auf Erweiterung ihrer Hausmacht bedachte bayerische CSU die Chance, die "Christliche Volkspartei" des Saarseparatisten Hoffmann gewissermassen über die Hintertreppe doch noch auf die bundesrepublikanische Bühne einzuführen. Nicht zur reinen Freude der Bonner CDU-Führung, der solcher Nachzuzwachs ihres auf Selbständigkeit bedachten bayerischen Ablegers gewisse Kopfschmerzen bereitet. Sie hätte es lieber gesehen, wenn die Hoffmannpartei in der saarländischen CDU aufgegangen wäre, aber das lag eben nicht drin. Der Druck der Bonner CDU erwies sich als Bumerang, führte zur offenen Rebellion an der Saar und sogar zur Drohung der Herausgabe eines Weisstuches über die nicht gerade vom christlich-brüderlichen Geist erfüllten Bonner Intrigen und Erpressungsversuche.

Die bayerische CSU sprang nur in die durch das Debakel entstandene Bresche. Sie ist gar nicht zimperlich, sich mit einer politischen Gruppe an der Saar zu liieren, die durch ihr mehr als zehnjähriges Wirken trübe Seiten des deutschen Separatismus füllte. Leute aus dem engsten Kreis Hoffmanns im kommenden Bundestag - das ist sicherlich keine erfreuliche Aussicht; der Partei des Bundesverteidigungsministers macht dies jedoch nichts aus, sie tut es ja nur, um die "grösstmögliche Wirksamkeit aller Stimmen aus dem christlich-politischen Lager bei der Bundestagswahl zu erzielen und um die Stärkung einer christlich-politisch orientierten Bundespolitik zu erreichen". So heisst es in der parteioffiziellen Begründung...

* * *

Am gleichen Tage, an dem das politisch arrüchige Bündnis zwischen CSU und CVP geschlossen wurde, vollzog sich auch der Zusammenschluss zwischen dem Zentrum und der Bayernpartei, genannt Föderalistische Union. Sie wird in allen Bundesländern kandidieren. Ihre Bildung ist ein Protest gegen den von der CDU unternommenen Versuch, den viel zitierten "christlichen Wähler" in eine Zwangsentscheidung zu drängen. Niemand wird den Männern und Frauen der Bayernpartei und des Zentrums christliche Grundhaltung bestreiten können, sie sind zum allergrössten Teil Söhne und Töchter der gleichen Kirche, nur wehren sie sich dagegen, auf Grund ihres Glaubens auf eine politische Linie sich festlegen zu lassen, die sie für verderblich halten. Adenauers Politik der Stärke, heisst es in ihrem Wahlaufufruf, habe die Wiedervereinigung Deutschlands keinen Schritt vorwärts gebracht, verewige die deutsche Teilung, erhöhe die Gefahr eines Atomkrieges. Auf innerpolitischem Gebiet bedauert die Föderalistische Union die Zusammenballung des Kapitals in der Hand weniger, aber dafür umso mächtigerer Kapitalsgruppen. Wird sich nun über die Föderalistische Union der ganze Zorn der CDU ergiessen, wird man ihre Feststellungen und ihr Programm nach bekanntem Muster als Gefahr für den Bestand des Abendlandes bezeichnen, wird man sie in verblendeter Arzmassung auch als Nichtchristen abtun?

Beide Parteizusammenschlüsse sind symptomatisch. Sie beleuchten die Kluft, die in unserem Volk durch den Missbrauch des Christentums durch die so betont sich christlich gebende CDU entstanden ist.

* * *

Berichtigung: In unserem gestrigen Artikel "Ein politischer Skandal" ist uns leider ein Verssehen unterlaufen. Die auf Seite zwei enthaltene erste Zahlengruppe der Tabelle bezog sich auf Januar/April 1956 und nicht auf 1957. Wir bitten, dieses Verssehen zu entschuldigen. D.Redaktion

* * *

Verantwortlich: Günter Marksheffel